

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
1			Sitzungsprotokoll vom 22. März 26.
2	104		Aufhebung der Wohnungsluxussteuer
3	261		Geschäftsordnung für die Stadtsparkasse Neuburg a.D.

Gegenstand	Beschluß
	Das Sitzungsprotokoll vom 22.III.1926 wurde in der heutigen Sitzung bekannt gegeben; ohne Erinnerung.
	<u>Öffentliche Sitzung.</u>
	In der auf heute ordnungsgemäß anberaumten Sitzung des Stadtrates, zu der sämtliche 19 Mitglieder geladen und 15 erschienen waren, wurde mit allen Stimmen beschlossen, wie folgt:
	Die Satzung für die gemeindliche Wohnungsluxussteuer vom 28. Mai 1921 in der Fassung des Beschlusses vom 18. Februar 1924 und 31. März 1924 nebst ortspolizeilicher Vorschrift vom gleichen Tage wird mit sofortiger Wirksamkeit aufgehoben, da Luxuswohnungen in Neuburg a.D. nicht vorhanden sind.
	In der auf heute ordnungsgemäß anberaumten Sitzung des Stadtrates, zu der sämtliche Mitglieder geladen und 15 erschienen sind, wurde nach Bekanntgabe der Entschliebung der Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, vom 2.II.1926, Nr.III 467, betreffend Geschäftsordnung für die Stadtsparkasse Neuburg a.D., mit allen Stimmen beschlossen:
	<u>Zu Ziffer I der Reg.Entschl.</u>
	Von der Erhöhung der Mindestzahl der zur Gültigkeit eines Beschlusses des Sparkassenausschusses anwesenden Mitglieder von 2 auf 3 ausser dem Vorsitzenden (oder im Falle dessen Verhinderung des stellvertretenden Vorsitzenden)

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß	Gegenstand
4	731			Vereinfachung der Staatsverwaltung, hier Überbürdung von Schullasten auf die Ge- meinden.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß	Gegenstand
				vollem Umfange genehmigt.
				Der Vorsitzende erstattete eingehenden Bericht über die Pläne bezüglich Steuersenkung, Vereinfachung der Staats- verwaltung und Überbürdung von staatlichen Lasten auf die Gemeinden. Es sollen nämlich zum Ausgleich des durch Auf- hebung der Wohnungsbauabgabe für die landwirtschaftlichen Grundstücke mit Wirkung vom 1. April 1926 und die Beseitigung der Höchstgrenze im Arealsteuergesetze entstehenden Aus- falles und zur teilweisen Deckung des allgemeinen Fehlbetrages im Staatshaushalt die Gemeinden zur Tragung der persönlichen Kosten der Volksschulen und höheren Lehranstalten bis zum Höchstbetrage von 30% des Aufwandes herangezogen werden. Bei einer Heranziehung der Gemeinden mit 20% des per- sönlichen Aufwandes für die hiesigen höheren Schulen und Volksschulen würde auf die Stadt Neuburg a.D. ein Betrag von jährlich 60 000 RM entfallen. Gegen dieses Überbürdungsverfahren erhebt der Stadtrat einstimmig schärfsten Widerspruch. - Das Bestreben den Ge- meinden neue Lasten aufzubürden, ohne ihnen gleichzeitig dafür neue Einnahmequellen zu erschließen, erachtet der Stadtrat für ungerecht und dem in § 37 des bayer. Finanz- ausgleichsgesetzes aufgestellten Grundsätze widersprechend. Dieses Verfahren würde im wesentlichen nichts anderes sein, als eine Lastenverschiebung zu Ungunsten der Gemeinden. Der Stadtrat muß es daher grundsätzlich ablehnen. Soweit übrigens das humanistische Gymnasium dahier

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Befugnis	Gegenstand
5	713			Bauplatz im Holzgarten

Beschluss

in Frage kommt, so besteht dieses seit etwa 300 Jahren und wurde die Stadt noch nie zu irgend welchen Zuschußleistungen herangezogen.

Es wäre aber auch der Stadt Neuburg a.D. gänzlich unmöglich, den genannten Betrag aufzubringen. Zur Deckung dieses Überbürdungsbetrages wäre die Erhebung von weiteren 250% Umlagen aus Haus- und Gewerbesteuer zu den bisherigen 400% Umlagen notwendig, eine Zumutung, die für den ohnehin mit Steuern überlasteten und um seine Existenz schwer kämpfenden Mittelstand geradezu katastrophale Folgen haben müßten. Dabei wird aber der Voranschlag 1926/27 voraussichtlich noch mit einem Defizit abschließen, dessen Deckung der Stadtverwaltung die größten Schwierigkeiten verursacht.

Der Stadtrat erklärt einstimmig, dass er für den Fall der Überbürdung weiterer neuer Lasten ohne gleichzeitige Zuweisung neuer Einnahmen keine Verantwortung für eine geordnete Finanzverwaltung übernehmen kann und alle daraus sich ergebenden Folgen ausdrücklich ablehnen muß.

Es wird einstimmig beschlossen, an das Staatsministerium des Innern und an den Landtag die dringende Bitte zu richten, im Interesse der Lebensmöglichkeit der Gemeinden von der beabsichtigten Abwälzung von Personallasten für Volks- und höhere Schulen Umgang zu nehmen.

Dem Gesuch des Herrn Drechslermeisters Karl Müller dahier um Vormerkung auf den Bauplatz Parzelle XV im städtischen Holzgarten kann keine Folge gegeben werden, da der

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß
6	655		Verlängerung des städt. Kanals von der Sommerstrasse ab durch den Schanzweg.
7	459		Errichtung eines Ausganges vom Garten des Anwesens A 27 zur anstossenden Bö- schungstreppe
8	706		Scheuermayer Johann, Baugesuch

Beschluß	Referent	Nummer des Exhibit	Nummer des Vortrags
Stadtrat sich grundsätzlich nicht in verbindlicher Weise festlegen will, Bauplätze abzugeben, auf denen in absehbaren Zeit Wohngebäude nicht errichtet werden.			
Dem Herrn Müller kann voraussichtlich der von ihm bisher benützte Holzlagerplatz gegen Erstattung der satzungsmäßigen Gebühr solange überlassen werden, bis die als Bauplätze be- zeichneten Parzellen von Bewerbern behufs sofortiger Erbauung von Wohnhäusern erworben werden.			
Dem Gesuche des Leonhard Hirschinger D 222 dahier entsprechend beschließt Stadtrat, den städtischen Kanal von der Sommerstrasse ab durch den Schanzweg auf eine Länge von 25 m nach Maßgabe des technischen Gutachtens vom 7. ds. Mts. mit einem Kostenaufwande von ca. 400 RM zu verlängern.			
Dem Herrn Gustav Bockleth A 27 dahier wird auf An- suchen gestattet, von seinem Garten zur anstossenden Böschungs- treppe der Stadtgemeinde einen Ausgang zu errichten.			
Die Genehmigung erfolgt in stets widerruflicher Weise mit der Auflage, dass vom Ausgangstürchen bis zur Treppe ein Sicherheitsgeländer angebracht wird. Die Böschung darf auf durch den Ausgang in ihrem Bestande nicht gefährdet werden. (Gebühr 3 RM).			
Das Baugesuch des Malers Johann Scheuermayer dahier über Erbauung eines Einfamilienhauses im städt. Holzgarten (Bauplatz XI) wird unter Vorbehalt aller Rechte Dritter und			

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß
9	707	Gebhard Richard, Baugesuch	
10	608	Neuner Peter, Erbauung eines Verkaufs- raumes am Bahnhofplatz.	
11	633	Baupolizei; hier schadhafter Kamin im Anwesen D 214.	

Beschluß	Referent	Nummer des Exhibit	Nummer des Vortrags
der Stadtgemeinde baupolizeilich genehmigt mit der Auflage, dass die Bestimmungen der allgemeinen Bauordnung und die technischen Revisionserinnerungen genau eingehalten werden und im übrigen die Bauausführung plangemäß erfolgt.			
Das Baugesuch des Staatsstrassenaufsehers Richard G e b h a r d dahier über Erbauung eines Einfamilienhauses an der Ingolstädterstrasse wird unter Vorbehalt aller Rechte Dritter und der Stadtgemeinde baupolizeilich genehmigt mit der Auflage, dass die Bestimmungen der allgemeinen Bauordnung und die technischen Revisionserinnerungen genau eingehalten werden und im übrigen die Bauausführung plangemäß erfolgt.			
Das Baugesuch des Kaufmannes Peter N e u n e r dahier über Erbauung eines Verkaufsraumes am Bahnhofplatz wird unter Vorbehalt aller Rechte Dritter und der Stadtge- meinde baupolizeilich genehmigt, mit der Auflage, dass die Bestimmungen der allgemeinen Bauordnung genau eingehalten werden und im übrigen die Bauausführung plangemäß erfolgt.			
Baubeginns- und Vollendungsanzeige sind rechtzeitig vor- zulegen.			
Mit Rücksicht auf die von Herrn Schmiedmeister Ludwig BöBhenz D 214 dahier geschilderte Lage seiner wirt- schaftlichen Verhältnisse und die Erklärung des Wohnungs- amtes vom 31. v. Mts. beschließt Stadtrat, dem Herrn BöBhenz Frist zur Aufführung eines neuen Kamines in seinem Anwesen bis auf			

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
12	716		Schanzweg beim vorm. Keser-Garten
13	715		Ergänzung der ortspolizeil. Vorschrift vom 27.4.1925 betr. Sicherheit und Be- quemlichkeit auf öffentl. Strassen und Plätzen

Beschluß Gegenstand	Referent	Nummer des Exhibit	Nummer des Vortrags
Weiteres zu verlängern.			
Sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse zulassen, ist die Aufführung des Kamines in Angriff zu nehmen.			
Der provisorische Ausbau des Schanzweges beim vorma- ligen Keser - Garten wird nach dem technischen Gutachten vom 10.ds.Mts. mit einem Kostenaufwande von ca. 1500 RM ge- nehmigt.			
Mit allen gegen 1 Stimme wird beschlossen, diesen Schanz- weg für Fuhrwerke, Kraftfahrzeuge aller Art und Fahrräder zu sperren. Ortspolizeiliche Vorschrift soll sofort erlassen werden. - Die zur Bewirtschaftung ^{der} an dem genannten Wege liegenden Grundstücke veranlaßten Führen sind gestattet.			
In der heutigen Stadtratssitzung, zu welcher sämtliche Mitglieder vorschriftsmässig geladen waren und von denen 15 er- schienen sind, wurde mit allen Stimmen beschlossen, die orts- polizeiliche Vorschrift vom 27. April 1925, betr. Sicherheit und Bequemlichkeit auf öffentlichen Strassen und Plätzen, wie folgt zu ergänzen bzw. zu ändern:			
Dem § 1 Abs. I werden folgende Ziffern 16, 17, 18 und 19 neu angefügt:			
16. des Verbindungsgässchens von der Hirschenstrasse zur Schießhausstrasse zwischen Hs. Nr. 165 C und 166 C mit Fuhrwerken und Kraftfahrzeugen aller Art;			
17. der Hinteren Schanze mit Kraftfahrzeugen aller Art und Fahrrädern;			
18. des Grabenweges mit Fuhrwerken, Kraftfahrzeugen aller Art und Fahrrädern;			
19. des Schanzweges beim vorm. Kesergarten mit Fuhrwerken, Kraftfahrzeugen aller Art und Fahrrädern.			
§ 1 Abs. II erhält folgende Fassung:			
Die im wirtschaftlichen und geschäftlichen Interesse in den genannten Strassen veranlassten Führen mittels Fuhr- werken oder Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Lastkraft- wagen sind gestattet; ebenso das Befahren dieser Strassen mit Kraftfahrzeugen von dort wohnenden Personen.			

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
14	1848/	714	Stadt. Plantage -
15	1817/25		Beseitigung von Mißständen in der Grünauerstrasse.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
			<p>Der Grabenweg (Ziff.18) darf zu dem vorbezeichneten Zwecke nur mit Einspannerfuhrwerken befahren werden.</p> <p>Ferner wird § 1 durch folgenden Absatz III ergänzt:</p> <p>Im übrigen sind der Benützung durch Fuhrwerke aller Art und Kraftfahrzeugen diejenigen Strassen und Wege entzogen, welche und insoweit sie durch Aufschriften oder Vorrichtungen bezeichnet sind.</p>
			<p>Für die Bepflanzung der städtischen Plantage mit Strauchwerk hat Herr Zinsmeister einen Kostenvoranschlag mit dem Betrage von 147,50 RM eingereicht.</p> <p>Diesen Betrag erachtet Stadtrat als viel zu hoch und beschließt, diese Art der Herstellung einer Gartenanlage zu unterlassen. Die Anlage soll durch die Friedhofverwaltung in der billigsten Weise zur Ausführung kommen.</p>
			<p>Die Bewohner des östlichen Teiles der Grünauerstrasse dahier haben Beschwerde über verschiedene dort herrschende Missstände geführt. Soweit sich diese Beschwerde auf die schlechte Beschaffenheit der Strassen und Wege bezieht, wurden diese Mißstände durch Beschotterung und Aufkiesung bereits beseitigt.</p> <p>Die Schutzmannschaft ist angewiesen gegen Radfahrer, die verbotene Fußwege befahren, mit Strafanzeige vorzugehen.</p>
			<p>Was das Feuerlöschwesen betrifft, so wird konstatiert, dass sich der letzte Hydrant in der Grünauerstrasse beim Anwesen des Landwirtes Hohann Stemmer befindet. Bei vorkommenden Brandfällen müßte die Wasserzubringung durch legen Schlauchanlagen erfolgen. Eine Verlängerung des Wasserleitungsnetzes ist zur Zeit aus finanziellen Gründen nicht möglich.</p>

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Befugnis	Gegenstand
16	530			Schreinerarbeiten

Soweit die Strassenbeleuchtung in Frage kommt, beschließt Stadtrat, beim Elektrizitätswerk die Aufstellung einer weiteren Strassenlampe und zwar bei der Einmündung der Grünauer- in die Rohrenfelderstrasse zu beantragen.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
18			Einigungstermin in der Aufwertungssache Raba Donauwörth gegen die Stadtgemeinde Neuburg a.D.
19	708		Einbürgerung des Oberrealschülers Heinrich Calligaro, Neuburg a.D.
20	684		Groß Anton, Pensionierung.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
			<u>II. Geheime Sitzung.</u>
			Zur Wahrnehmung des Einigungstermines in der Auf- wertungssache Raba Donauwörth gegen die Stadtgemeinde Neu- burg a.D. am Donnerstag, den 15. April c. beim Amtsgericht Neuburg a.D. wird Herr Stadtrat Hoffmann ermächtigt.
			Auf den Antrag des Oberrealschülers Heinrich C a l l i g a r o, geboren am 6. Februar 1907 zu Gietl- hausen, Gemeinde Ried, Bezirksamts Neuburg a.D., italienischer Staatsangehöriger, um Einbürgerung in den Freistaat Bayern, wird festgestellt:
			1. Der Antragsteller ist beschränkt geschäftsfähig,
			2. der Antrag ist mit Zustimmung des gesetzlichen Ver- treters gestellt,
			3. Calligaro und auch dessen in Neuburg a.D. wohnhaften Eltern besitzen einen sehr guten Leumund,
			4. Tatsachen, welche die Besorgnis rechtfertigen, dass die Einbürgerung des Heinrich Calligaro des Wohl des Reiches oder Staates gefährden würde, liegen nicht vor.
			5. Antragsteller hat bei seinen Eltern in Neuburg a.D. Wohnung und Unterkommen,
			6. seine Eltern sind imstande, ihn zu ernähren.
			Die Einbürgerung des Heinrich Calligaro wird im Hinblick auf vorstehende Feststellungen bestens befürwortet.
			In der auf heute ordnungsgemäß anberaumten Sitzung

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
21	720		Besorgung der Hausmeistergeschäfte für die Knabenberufsfortbildungsschule
22	620		Pramberger Klementine, Aufnahme als Inzipientin

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
			des Stadtrates, zu der sämtliche 19 Mitglieder geladen und 15 erschienen waren, wurde mit allen Stimmen beschlossen wie folgt: Herr Kämmersekretär Anton G r o ß , welcher wegen Krankheit auf Grund Stadtratsbeschlusses vom 26. Januar 1925 ab 1. Mai 1925 auf ein Jahr, d.i. bis 1. Mai 1926 in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde, wird wegen fortdu- ernder, nachgewiesener Dienstunfähigkeit ab 1. Mai 1926 mit den im Beschlusse vom 26. Januar 1925 genannten Bezügen in den dauernden Ruhestand versetzt und ihm in Anerkennung seiner Dienstleistung der Titel Kämmerersekretär verliehen. Die Besorgung der Hausmeistereigeschäfte für die Knabenberufsfortbildungsschule im Harmoniegebäude dahier wird hiemit dem Frl. Fanny Berber unter den gleichen Bedingungen wie sie für deren Mutter mit Beschluß des Stadtrates vom 10. November 1924 festgesetzt wurden, mit sofortiger Wirkung übertragen. Fräulein Berber hat die aufgestellte Dienstordnung vom 1. März 1924, wovon derselben Abschrift zuzustellen ist, genau einzuhalten. Das Gesuch des Fräulein Klementine Pramberger dahier vom 28. März 1925 um Aufnahme als Inzipientin beim Stadtrat dahier wurde in der heutigen Stadtratssitzung bekannt gegeben. Stadtrat konnte dem Gesuche nicht stattgeben, weil zur Zeit kein Bedürfnis zur Einstellung von Inzipienten vorhanden

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Beschluß Gegenstand
23	705		Kommission für die Vorarbeiten zur Aufstellung der Badeanstalten

Beschluß
<p>ist und überdies männliche Bewerber in letzter Zeit aus denselben Gründen abgewiesen werden mußten. Auch sind die Referatsbeamten für die nächste Zeit mit Arbeiten derart überlastet, daß sie sich mit der Ausbildung von weiteren jungen Leuten nicht befassen können.</p> <p>Herr Stadtrat Söltl hat in der heutigen Sitzung den Antrag gestellt, daß nunmehr mit den Arbeiten zur Aufstellung der Badeanstalten in der Donau begonnen werden solle.</p> <p>Zur Ausführung der Vorarbeiten und Stellung von gutachtlichen Anträgen an den Stadtrat wird eine Kommission berufen bestehend aus folgenden Herren Stadträten: Söltl, Wink, Hoffmann, Burghart, Bachmeier und Dr. Gromer.</p>



Stadtrat Neuburg a. D.

[Signature]

[Signature]